

A1 Diskussion Stand Notfallversorgung Brackenheim

Antragsteller*in: Jürgen Winkler (OV Zabergäu)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Resolution KV HN Bündnis 90 / die Grünen

2 Der KV HN Bündnis 90 /die Grünen fordert den Landesvorstand, die Landesregierung
3 und das Sozialministerium hiermit auf, die KVBW im Rahmen der bestehenden
4 Rechtsaufsicht anzuweisen den Abschluss des neuen Gesetzgebungsverfahrens mit der
5 Einarbeitung der Koalitionsvereinbarungen abzuwarten und dessen Möglichkeiten
6 für den ländlichen Raum zu evaluieren, die Schließungen der Notfallpraxen
7 umgehend einzustellen, um mit den betroffenen Kommunen Alternativen zu
8 erarbeiten und einvernehmliche Lösungen im Sinne der gesamten Bevölkerung zu
9 suchen!

10
11 Notfallpraxen in Baden-Württemberg, „Reform“ der KVBW mit einem umfassenden
12 Schließungskonzept

13 Der Notdienst soll sicherstellen, dass Patientinnen und Patienten auch außerhalb
14 der regulären Praxiszeiten (sog. „sprechstundenfreie Zeiten“) medizinisch
15 versorgt werden, wenn eine zeitnahe ambulante vertragsärztliche Behandlung
16 indiziert ist.

17 Dies gelingt in BW mit den jetzt existierenden Notfallpraxen bereits nur
18 unvollständig, da die KVBW die Öffnungszeiten der Notfallpraxen sukzessive
19 eingeschränkt hat, die sie jetzt per „New Speak“ in „Allgemeinärztliche
20 Vertretungspraxen“ umbenennt.

21 Seit September 2024 wurde die vertraulich kommunizierte „Reform“ öffentlich.
22 In Brackenheim hatte sich Janine Pawlik spontan zu einer überparteilichen Online
23 - Petition entschlossen.

24 In einer Gruppe, die sich spontan überparteilich gegründet hat, wurde diese
25 Petition im Zabergäu intensiv beworben. Es konnten in kurzer Zeit über 10 000
26 Petenten gewonnen werden. Die Petition wurde in Stuttgart direkt dem
27 Petitionsausschussvorsitzenden übergeben. Im Landtag wurde die Initiative von
28 den Fraktionen und einzelnen Fraktionsvorsitzenden als große Unterstützung
29 begrüßt, darum gebeten weiter am Ball zu bleiben.

30 Zuvor hatte bereits vor dem Sitz der KVBW eine Demonstration mit
31 Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der betroffenen Kommunen in Stuttgart
32 stattgefunden. Dabei waren die Aussagen der Verwaltungschefs klar, die von einer
33 Zerschlagung funktionierender Strukturen sprachen. Und von einer
34 unabgesprochenen Vorgehensweise der KVBW.

35 Am 18. Oktober, noch vor der Demonstration, schrieb OB Arnold, Ettlingen,
36 bereits: „Frau Reinhard ist mit viel Ignoranz und Arroganz gesegnet. Tatsächlich
37 wird sie am Montag das „Konzept“ als schon beschlossene Sache vorstellen.
38 Die Petition wurde zwischenzeitlich vom Petitionsausschuss in Stuttgart leider
39 mit 12:8 Stimmen abgelehnt, aber mit einer bemerkenswerten Anzahl von
40 Gegenstimmen!

41
42 Bei der Demonstration in Stuttgart waren aus den betroffenen Standorten Busse
43 mit über 400 Teilnehmern angereist. An Standorten mit Notfallpraxen wurden
44 weitere Petitionen gestartet und Unterschriften vor Ort gesammelt.

45
46 Aktivitäten, die eine breite Unterstützung in der Bevölkerung erfahren haben:
47 Demonstration von 400 Teilnehmern vor der Kassenärztlichen Vereinigung in
48 Stuttgart am 21.10.2024 bei deren Tagung und deren Beschluss zur Schließung der
49 Notfallpraxen.

Organisiert von Joachim Esenwein in Zusammenarbeit mit OB Arnold Ettlingen unter Beteiligung OBs, BMs und Einwohner aus Kirchheim Teck, Müllheim, Bad Saulgau, Nagold, Calw, Eberbach, Zabergäu(Brackenheim), Backnang.

Petition im Zabergäu mit über 10 000 Unterschriften. Am 07.11.2024, 14.45 Uhr Übergabe der Petition am Landtag an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses. Durch die Aktivitäten wurden weitere Petitionen initiiert. Insgesamt summierten sich Unterschriften auf deutlich über 160 000. Eingerechnet sind über 20 000 Unterschriften, die die SPD eingesammelt hat.

Lokale und regionale Aktivitäten

Intensiver Austausch des Vorsitzenden des Fördervereins Gesundheitsversorgung Zabergäu und Umgebung, Rolf Kieser, mit der stellvertretenden Vorsitzenden der KVBW. Ebenfalls Schreiben der Landräte und BM des Zabergäus. Das Positionspapier des Fördervereins wurde auch von Stadträten und Gemeinderäten des Mittleren und Oberen Zabergäus unterzeichnet. Die stv. Vorsitzende erweist sich als unbeeindruckt.

In den Notfallpraxen selbst taucht sie nicht auf:-

In Brackenheim stellt sich eine besondere Situation dar.

Die Schließung des Kreiskrankenhauses wurde durch Kreistagsbeschluss erreicht, weil u.a. ein Versprechen zur Sicherstellung der Notfallpraxis in Brackenheim als Modell und Vorzeigeprojekt vorgesehen und umgesetzt worden ist. Gleichzeitig stehen auch die Kreistagsabgeordneten mit Ihren Beschlüssen und den hierin zum Ausdruck kommenden Verpflichtungen zur medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung, zusammen mit SLK und Landrat in der Pflicht. Die aus den Beschlüssen heraus bestehende Verpflichtung des Notfallpraxisbetriebs im neu gebauten Gesundheitszentrum wurde bereits mehrmals gegenüber der stv. Vorsitzenden der KVBW adressiert. Mehrfach antwortete Dr. Doris Reinhardt hierauf mit „Versprechen hätten keinen Ewigkeitscharakter.“ Die verheerende politische Wirkung war und ist ihr nicht bewusst.

In der ersten Runde der Schließungen von 8 Notfallpraxen argumentierte die KVBW mit dem Beschluss des Bundessozialgerichts zu einem im zahnärztlichen Notdienst als Poolarzt tätigen Mediziner, dessen freiberufliche Tätigkeit einer richterlichen Bewertung nicht stand hielt, und der sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden müsse. Obwohl der Vorsitzende des Gerichts betonte, dass dieses Urteil nicht 1:1 auf den allgemeinärztlichen Notfalldienst übertragbar sei, schloss die KVBW über Nacht die 8 Praxen mit genau dieser Begründung. Die KVBW formuliert ihr Bestreben nun neu damit, dass nur durch Schließung der Notfallpraxen und mit der „Reform“, dem Sicherstellungsauftrag nachzukommen sei. Die Begründung liegt jetzt v.a. im bestehenden und kommenden Ärztemangel. Im neuen Koalitionsvertrag steht die schnelle gesetzliche Regelung für die Sozialversicherungsfreiheit der Poolärzte, sowie die „Sicherstellung der Grund- und Notfallversorgung der Menschen“ mit dem „Ermöglichen von „Ausnahmen und erweiterten Kooperationen besonders im ländlichen Raum“. Dies unterstreicht die Forderung an die KV, einer gesetzlichen Regelung nicht vorzugreifen.

Dass die Begründung mit dem Ärztemangel nicht nur in Brackenheim nicht greift, wird aus den Mitteilungen der Notfallpraxis Brackenheim ersichtlich. 10 Prozent der Ärzte sind im Bereitschaftsdienst aktiv. Ruhestandsärzte, auch neu hinzukommende, sind weiterhin interessiert. Es gibt nur eine geringe Fluktuation! Im Verein, der die Notfallpraxis organisiert, sind 120 Ärztinnen

101 und Ärzte Mitglieder.
102 Eine Kundgebung fand am 08. Februar in Brackenheim mit ca. 2500 Teilnehmern
103 statt. Initiiert wurde sie von Joachim Esenwein unter Mitarbeit eines Teams aus
104 parteiübergreifenden Gruppen. Der Bürger-Union Güglingen, der CDU des
105 Stadtverband Brackenheim, der Grünen Zabergäu, der SPD Zabergäu, den Grünen, der
106 Liste 21 Brackenheim und weiteren Unterstützern im Zabergäu. Eingeladene Redner
107 waren: BM Csaszar, Brackenheim als Hausherr und Betroffener der
108 Standortgemeinde, OB Deuschle Waghäusel, dort wurde die Notfallpraxis mit der
109 BSG-Urteilsbegründung geschlossen, Florian Wahl, SPD, Vorsitzender des
110 Sozialausschusses im Landtag, Dr. Preusch, CDU, Landtagsabgeordneter des
111 Wahlkreises, Erwin Köhler, Die Grünen, Landtagsabgeordneter des Wahlkreises,
112 Joachim Esenwein, Fraktionssprecher Bürger-Union für die Gruppe der Engagierten.
113 Die Aktivitäten wurden mit
114 20 000 Flyern, über FB, Instagram, WhatsApp- Gruppen und persönlichen Austausch
115 beworben.
116 Auf FB wurden die Informationen bis zu 100 000 mal gesehen.
117
118 Am 03. März sind die Eilanträge und Klagen von 13 Kommunen beim Sozialgericht
119 eingegangen und angenommen worden. Auch hier hat die Initiativegruppe die Städte
120 Brackenheim und Güglingen zur Klagebereitschaft und zur Unterstützung der Klage
121 aufgefordert und ermutigt.
122 Dass dies gelungen ist macht Hoffnung. Die einstweilige Verfügung wurde vom
123 Sozialgericht in Stuttgart vorläufig abgelehnt und auf eine Hauptverhandlung
124 verwiesen! . Inzwischen gehen 15 Kommunen ins Hauptsacheverfahren, das ist ein
125 Statement.
126
127 Klar ist, wir dürfen hierbei nicht stehen bleiben, denn die KVBW handelt gegen
128 die Interessen der Bürgerschaft. Dass durch die Schließungen zusätzliche
129 Belastungen in den schon häufig am Limit arbeitenden Notaufnahmen der Kliniken
130 registriert werden, und der Rettungsdienst gleichermaßen zusätzlich belastet
131 ist, berichten leitende Ärzte der Notaufnahme und die Rettungsdienste. Im
132 Sozialausschuss des Landtages hatte die stv. KV-Vorsitzende betont, dass die
133 Player durch die „Reform“ nicht zusätzlich belastet werden.
134 Dass wir nicht nur für Brackenheim sprechen, sondern auch in Solidarität mit den
135 betroffenen Notfallpraxen und Ihren Standortgemeinden handeln, ist für uns
136 selbstverständlich. Dennoch möchten wir zur Notfallpraxis Brackenheim einige
137 weitere Aspekte anmerken.
138 Durch die Initiativen wurde die AFD klein gehalten. Die Brandmauer steht von
139 allen zusammen.
140 Im Land wurde die politische Ausstrahlung der Handlungen der KVBW durch Sozial-
141 und Gesundheitsminister Lucha völlig unterschätzt.
142 Das Thema wird auch im Landtagswahlkampf eine bedeutende Rolle spielen. Wir
143 sollten weiterhin informierend aktiv sein, nochmals zusätzlich aktiv werden,
144 wenn Frau Dr. Reinhardt ins Zabergäu kommen wird.
145
146 Die von der KV angebotenen Alternativen und Ersatzlösungen (zentrale
147 Telefonnummer, Telemedizin, Fahrdienste, usw.) sind noch nicht einsatzfähig und
148 werden sicherlich vorerst auch nicht so funktionieren, dass sie entlasten
149 können. Das telemedizinische Angebot der KVBW schließt bereits um
150 23.00 Uhr, das ist unbefriedigend. Statistisch betrachtet, können knapp 20 000
151 Menschen des Stadt- und Landkreises das Angebot nicht nutzen, weil sie

152 „Offliner“ sind. Die SLK HN hat eindeutig erklärt, dass sie nicht über die
153 räumlichen und personellen Kapazitäten verfügt, die jährlichen 6000 – 8000
154 Patienten aus Brackenheim aufzufangen.
155 Dieses Vorgehen und die Schließung der Notfallpraxis ist ein schwerer Schlag für
156 die Region und den gesamten ländlichen Raum. Dadurch wird nur die AFD gestärkt,
157 sondern es werden auch unsere eigenen Wahlchancen 2026 gemindert!
158 Der KV HN Bündnis 90 /die Grünen fordert deshalb den Landesvorstand, die
159 Landesregierung und das Sozialministerium hiermit auf, die KVBW im Rahmen der
160 bestehenden Rechtsaufsicht anzuweisen den Abschluss des neuen
161 Gesetzgebungsverfahrens mit der Einarbeitung der Koalitionsvereinbarungen
162 abzuwarten und dessen Möglichkeiten für den ländlichen Raum zu evaluieren, die
163 Schließungen der Notfallpraxen umgehend einzustellen, um mit den betroffenen
164 Kommunen Alternativen zu erarbeiten und einvernehmliche Lösungen im Sinne der
165 gesamten Bevölkerung zu suchen!

Begründung

Die geplante Maßnahme stößt auf deutlichen Widerstand vor Ort. Der Eindruck, dass Entscheidungen über Köpfe hinweg getroffen werden, schwächt das Vertrauen in die Politik insgesamt und in unsere Partei im Besonderen. Gerade mit Blick auf die anstehende Landtagswahl muss sichergestellt werden, dass unsere Partei als Vertreterin bürgernaher Politik auftritt. Das bedeutet auch, dass innerparteiliche Meinungsunterschiede transparent ausgetragen werden und nicht unter organisatorischen Argumenten der Kassenärztlichen Vereinigung übergangen werden.